

## Erst Mut, dann Skepsis

**Investitionen.** Seit einem Jahr investiert die deutsche Industrie wieder kräftig. Weil in der Politik aber gerade das Heute-so-morgen-so-Prinzip vorherrscht, fehlt vielen Unternehmen die nötige Zuversicht für langfristige Engagements, wie eine Studie der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zeigt.

Die Krise ist wettgemacht: Im vergangenen Jahr haben die deutschen Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleister wieder genauso viel investiert wie vor der Krise (Grafik). Im Durchschnitt gaben sie 7,7 Prozent ihres Produkti-

onswerts für neue Maschinen und Anlagen aus. In diesem Jahr dürften es sogar 8,1 Prozent werden.

Doch der Investitionsboom scheint nur ein Strohhalm zu sein, denn die meisten Betriebe blicken recht skeptisch in die Zukunft.

Ein Grund für die Zurückhaltung ist die fehlende Planungssicherheit, oder anders gesagt: die Wankelmütigkeit der Politik. Ob in der Finanzkrise, nach dem Atomunfall in Japan oder während der Diskussionen zum Bahnhofprojekt „Stuttgart 21“ – aus Sicht der Wirtschaft war die Politik in den vergangenen Wochen und Monaten alles andere als entschlossen und konsequent. Das hat Folgen:

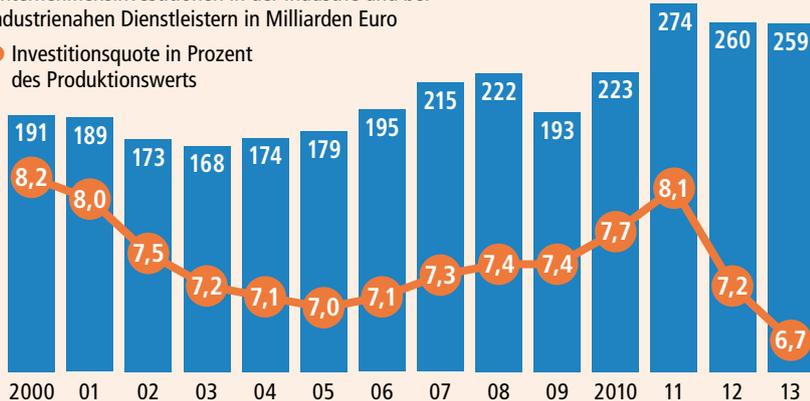
**Gut die Hälfte der befragten Unternehmen schätzt, dass sich das neue Energiekonzept der Bundesregierung negativ auf die Investitionstätigkeit der Wirtschaft auswirken wird.**

Und beim Bahnhofprojekt in Stuttgart warten viele Firmen noch immer auf grünes Licht für bestimmte Projekte. Zudem befürchtet knapp ein Drittel der Unternehmen, dass die Technikfeindlichkeit in Deutschland zunehmen könnte. Deshalb ist die deutsche Industrie bei ihren Investitionsplänen derzeit immer dann besonders vorsichtig, wenn der Planungshorizont über zwei Jahre hinausgeht. →

### Investitionen: Kurzer Höhenflug

Unternehmensinvestitionen in der Industrie und bei industrienahen Dienstleistern in Milliarden Euro

● Investitionsquote in Prozent des Produktionswerts



ab 2010: Schätzung; Befragung von 1.500 Unternehmen im Mai 2011  
 Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

Institut der deutschen  
 Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 28

### In dieser Woche

**Strommarkt:** Der Staat spielt immer noch eine entscheidende Rolle – er setzt unter anderem Preise fest und tritt als Unternehmer auf.  
 Seite 3

**Kindergeld:** Die Sätze sind seit den 1960er Jahren kräftig gestiegen – heute ist das Kindergeld der größte Posten aller Familienleistungen.  
 Seite 4-5

**Auslandspraktika:** Einige Auszubildende gehen für ein Praktikum ins Ausland – trotz der Kosten und des organisatorischen Aufwands.  
 Seite 6

**Eigenkapital:** Die deutschen Firmen haben in der Krise von dem Polster profitiert, das sie sich in den vorherigen Jahren zugelegt hatten.  
 Seite 7

**Dienstleistungen:** Deutschland weist nur vermeintlich eine Lücke auf, die Daten erfassen etwa nicht den Verbund von Industrie und Service.  
 Seite 8

Institut der deutschen  
 Wirtschaft Köln

Präsident:  
 Dr. Eckart John von Freyend  
 Direktor:  
 Professor Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder:  
 Verbände und Unternehmen  
 in Deutschland



→ Das Thema Investitionsentscheidungen hat allerdings noch andere Facetten:

**Die Art der Investitionen.** Die Unternehmen wenden rund 80 Prozent des entsprechenden Etats für Sachinvestitionen auf – für Ausrüstungen und Bauten. Die restlichen 20 Prozent fließen in immaterielle Investitionen wie Forschung und Entwicklung, Innovationen und Personalentwicklung – Tendenz steigend.

**Die regionale Struktur der Investitionen.** Nur knapp ein Drittel der Unternehmen investiert im Ausland. Große Industriekonzerne sind hier die Vorreiter, kleine Industriedienstleister halten sich eher zurück. Die Mehrheit aber konzentriert sich immer noch auf das Geschäft im Inland. Dieses Strickmuster dürfte sich allerdings bald verändern, denn die Unternehmen erwarten für die kommenden fünf Jahre steigende Auslandsanteile bei Umsatz, Produktion, Forschung und Entwicklung sowie bei den Mitarbeitern.

**Der Anteil der in anderen Ländern getätigten Investitionen dürfte des-**

**halb bis 2016 von heute 10 Prozent auf gut 18 Prozent steigen.**

Ganz hoch im Kurs stehen dabei vor allem Westeuropa sowie die stark wachsenden Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China.

Wie die Betriebe ihre Chancen im Ausland einschätzen, hängt maßgeblich mit ihrer Erfahrung zusammen: Firmen, die bislang ausschließlich daheim aktiv waren, beurteilen die Situation durchweg negativer als alte Auslandshasen. Das gilt für die Kaufbereitschaft und Erreichbarkeit der Kunden genauso wie für das Marktumfeld.

**Die Gründe für Investitionen.** Die Motive sind eindeutig: Bei ihren Inlandsinvestitionen geht es vier von zehn Befragten darum, Kosten zu senken und effizienter zu produzieren. Bei Auslandsinvestitionen verfolgt mehr als die Hälfte der Unternehmen vor allem das Ziel, neue Geschäftsfelder zu etablieren und Märkte zu entwickeln.

Nicht zuletzt nehmen die Firmen Geld in die Hand, um Innovationen hervorzubringen:

**Gut ein Drittel der Unternehmen investiert in Deutschland und rund ein Viertel im Ausland, um mit neuen Produkten und Ideen weiterhin erfolgreich zu sein.**

**Die Standortkriterien für Investitionen.** Wenn es um seine Investitionsfreundlichkeit geht, bekommt der Standort Deutschland von den Unternehmen keineswegs nur gute Noten. Am besten bewerten die Betriebe noch die Rechtssicherheit und die Infrastruktur (Grafik).

Überraschend nüchtern schaut die Industrie dagegen auf Unternehmensnetzwerke und -cluster: Viele Unternehmen räumen ihnen weder Relevanz noch eine investitionsförderliche Bedeutung ein. Doch Untersuchungen haben gezeigt, dass gerade diejenigen Betriebe, die bei Forschung und Entwicklung sowie Innovationen zusammenarbeiten, erfolgreicher sind als Konkurrenten, die das nicht tun. Die Wirtschaftspolitik sollte daher für bessere Informationen rund um das Thema Netzwerke sorgen und diese noch gezielter fördern.

Auch das Thema Fachkräfte kommt bei den Investitionsentscheidungen der Unternehmen nicht gut weg. Das Problem ist so alt wie die Klage darüber: Es gibt einfach zu wenig Hochqualifizierte. In den kommenden Jahren wird dieser Engpass die heimische Investitionsneigung allerdings immer stärker beeinträchtigen.

Kein Wunder, dass der ausreichende Nachschub an Fachkräften auf der Liste der Verbesserungswünsche entsprechend weit oben steht. Nur der Bürokratieabbau ist den Unternehmen noch wichtiger. Etwas überraschend: Der Wunsch nach Steuererleichterungen spielt dagegen keine große Rolle.

## Standort Deutschland: Justiz gut, Bürokratie schlecht

Auf einer Skala von +100 bis -100 Punkten bewerteten die befragten Unternehmen diese Standortbedingungen so



Befragung von 1.500 Unternehmen im Mai 2011; Standortbedingungen: Auswahl  
 Bewertung: mehr als 60 Punkte: sehr gut, 40 bis 60 Punkte: gut, 20 bis 40 Punkte: mittel,  
 0 bis 20 Punkte: schlecht, weniger als 0 Punkte: sehr schlecht  
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

# Der Staat mischt mit

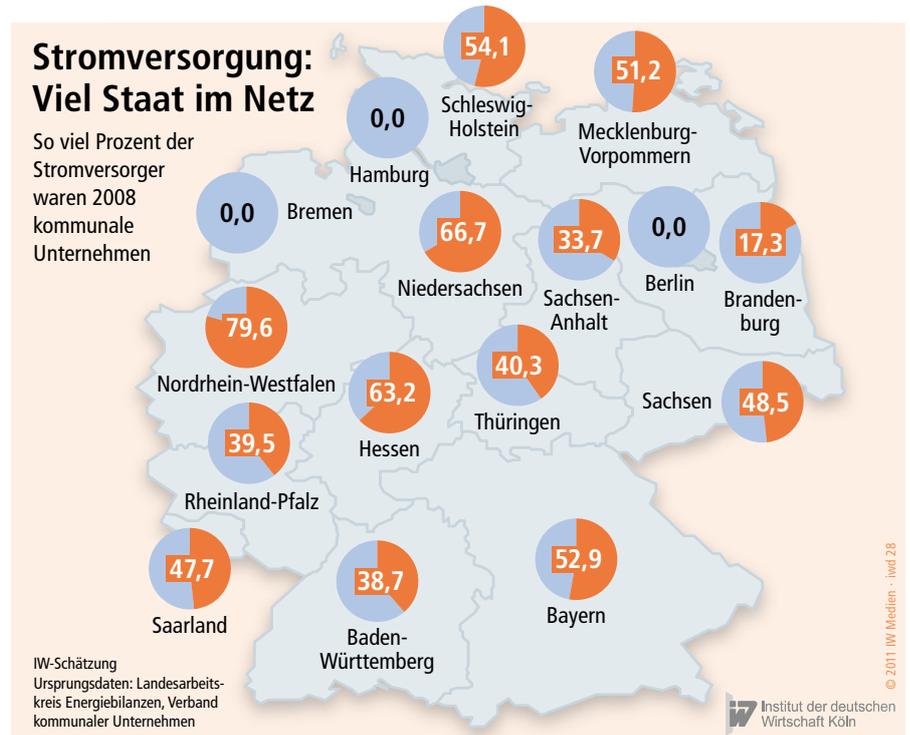
**Strommarkt.** Auch wenn der Markt für elektrische Energie in Deutschland seit 1998 liberalisiert ist, spielt der Staat immer noch eine entscheidende Rolle. Er setzt Preise fest, subventioniert Technologien, erhebt Steuern und tritt als Unternehmer auf.

Die Liberalisierung sollte mehr Wettbewerb bringen und für mehr Effizienz und niedrigere Kosten sorgen. Und tatsächlich sanken die Strompreise zunächst deutlich, auch wenn höhere Steuern und andere Abgaben die Vorteile dann wieder aufgeessen haben. Der Staat ist selbst aber auch immer noch präsent:

**Netze.** Die Stromnetze werden hierzulande staatlich reguliert. Für die größeren Unternehmen ist dabei die Bundesnetzagentur zuständig, kleinere und mittelgroße werden von den Ländern überwacht. Die Netzregulierung ist wichtig, um Wettbewerb überhaupt erst zu ermöglichen. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle Erzeuger, Händler und Vertrieber von Strom einen fairen Marktzugang bekommen. Rund ein Viertel des Strompreises geht auf das Konto dieser Regulierungen.

**Abgaben.** Der Staat hat seit der Liberalisierung kräftig an der Preisschraube gedreht. Dazu nutzte er vor allem die Stromsteuer, die Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien und die Mehrwertsteuer. Hinzu kommen Konzessionsabgaben, die die Kommunen als Wegegeld für den privaten Betrieb von Stromnetzen verlangen.

**Alles in allem machen Steuern und Abgaben rund 40 Prozent der privaten Stromrechnung aus.**



Weitere staatliche Zusatzkosten entstehen durch den Emissionshandel, was die Preise ebenfalls in die Höhe treibt.

**Erneuerbare Energien.** Strom aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse wird durch den Staat privilegiert. Garantierte Preise und Abnahmemengen sorgen für einen steigenden Anteil der erneuerbaren Energien – derzeit wird so schon fast jede fünfte Kilowattstunde produziert. Bis zur Mitte des Jahrhunderts sollen es mindestens 80 Prozent sein.

**Unternehmen.** Immer öfter ist die öffentliche Hand auch wieder selbst als Unternehmer tätig. So wollen Kommunen die regionalen Stromverteilnetze selbst behalten und die privaten Anbieter ablösen. Von den größten Stromerzeugern sind inzwischen zwei in Staatshand: Vattenfall gehört dem schwedischen Staat, die EnBW etwa zur Hälfte einer Reihe von Stadtwerken, weitere 45 Prozent hat im Dezember das Land Baden-Württemberg übernommen und dafür 4,7 Milliarden Euro gezahlt. Der fünftgrößte Stromerzeuger, die

STEAG, wurde ebenfalls zu 51 Prozent an Stadtwerke aus dem Ruhrgebiet verkauft. In den vergangenen Jahren sind zudem etwa 40 neue Stadtwerke entstanden. Dabei haben sie als Grundversorger immer noch eine dominante Marktstellung:

**Es ist keine Seltenheit, dass die Stadtwerke 95 Prozent der Haushalte einer Stadt mit Strom beliefern.**

So hatten nach Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln die städtischen Versorger in Nordrhein-Westfalen schon 2008 einen Marktanteil an der Stromversorgung von fast 80 Prozent (Grafik). In Niedersachsen und Hessen waren es mit rund zwei Dritteln immer noch mehr als im Bundesdurchschnitt. In Sachsen-Anhalt und Brandenburg dagegen haben Stadtwerke wenig zu sagen, ebenso in den Stadtstaaten. Inzwischen wurde der Versorger in Bremen jedoch von einem kommunalen Unternehmen übernommen. Auch in Hamburg wurden neue Stadtwerke gegründet, über die Rekommunalisierung der Netze wird derzeit noch diskutiert.

# Familienpolitik ist mehr als Cash

**Kindergeld.** Vor 50 Jahren wurde in Deutschland das Kindergeldgesetz verabschiedet – seitdem wird diese familienpolitische Leistung aus Bundesmitteln gezahlt. In den 1960er Jahren gab es allerdings erst für das zweite Kind und weiteren Nachwuchs diese finanzielle Unterstützung durch den Staat, umgerechnet 13 Euro beziehungsweise 20 Euro monatlich. Heute beträgt das Kindergeld ein Vielfaches dessen und ist der größte Posten aller Familienleistungen.

Tatsächlich sind die Kindergeldsätze in der Vergangenheit fast kontinuierlich gestiegen (Tabelle Seite 5). Derzeit beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind monatlich 184 Euro, für das dritte bekommen Eltern 190 Euro, für das vierte und jedes weitere Kind 215 Euro.

**Mit insgesamt 38,8 Milliarden Euro ist das Kindergeld der größte Posten innerhalb der staatlichen Ausgaben für Familien.**

Eine finanzielle Förderung erfahren die Familien zudem durch die Zahlungen an die Rentenversicherung für Kindererziehungszeiten, die sich der Bund jährlich rund 11 Milliarden Euro kosten lässt. Hinzu kommt das Elterngeld, das Anfang 2007 in Deutschland eingeführt wurde und frischgebackenen Müttern und Vätern maximal 14 Monate lang rund zwei Drittel des Nettolohns, jedoch höchstens 1.800 Euro monatlich garantiert. In diese Lohnersatzleistung flossen 2010 rund 4,6 Milliarden Euro aus der Staatskasse. Zusammen mit weiteren finanziellen Förderungen kam im Jahr 2010 der stolze Betrag von 65,3 Milliarden Euro an Steuerersparnissen und Transfers an Familien zusammen.

Doch der Nachwuchs wird auch noch auf andere Art und Weise gefördert – zum Beispiel durch familienrelevante Dienstleistungen. Und

dann lässt sich die Rechnung auch so aufmachen:

**Der deutsche Staat zahlt für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr im Schnitt 146.000 Euro an familienpolitischen Leistungen.**

Dies hat die OECD in ihrem jüngsten Familienreport im April 2011 festgestellt. Damit liegt der materielle Aufwand pro Kind hierzulande deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 124.000 Euro. Das Urteil der Pariser Experten zur deutschen Familienpolitik fällt dennoch ernüchternd aus: Die OECD bemängelt, dass Deutschland im Vergleich zu den anderen rund 30 untersuchten Ländern zu wenig Geld für Kinderbetreuung ausbebe. Dagegen würde vergleichsweise viel Geld direkt an die Eltern fließen. Deutschland ist beispielsweise das einzige OECD-Land, dessen Steuersystem bei Familien mit Kindern Alleinverdiener bevorzugt.

Doch nicht nur die Verteilung, auch die Fülle der familienpolitischen Maßnahmen ist problematisch. Hierzulande existieren rund 150 familienpolitische Instrumente, die selbst für Fachleute mitunter schwer zu durchschauen sind. Neben dem Kindergeld gibt es eben nicht nur das Ehegattensplitting und das Elterngeld, sondern auch noch den

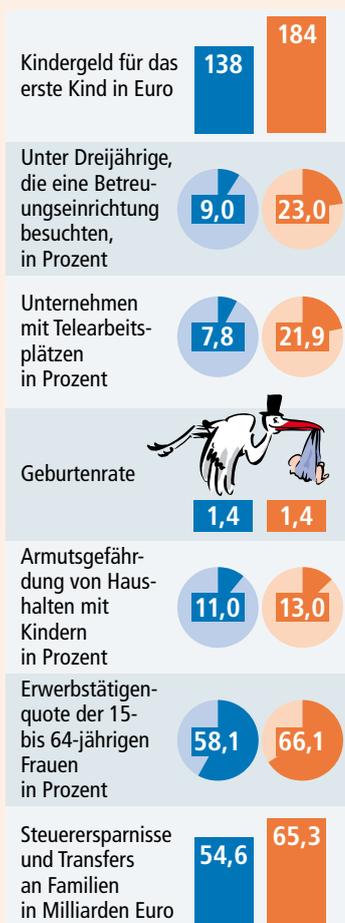
tismittversicherung bei der gesetzlichen Krankenkasse, diverse Kinderzuschläge, Ausbildungsfreibeträge und und und.

Auch wenn die OECD noch nicht zufrieden ist mit der Infrastruktur, die Deutschland den Familien bietet, hat sich in puncto Kinderbetreuung zuletzt doch einiges getan. Vor allem

## Familienpolitik: Mehr Geld, wenig Storch

Wichtige Indikatoren der deutschen Familienpolitik

■ 2000 ■ 2010



2000: Betreuungseinrichtungen nur Krippenplätze im Jahr 2002 und Unternehmen mit Telearbeitsplätzen im Jahr 2003; 2010: Unternehmen mit Telearbeitsplätzen, Geburtenrate und Armutsgefährdung jeweils 2009; Quellen: OECD, Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesfamilienministerium, Bundesfinanzministerium

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 28

die Kleinkindbetreuung ist vorangekommen (Grafik Seite 4):

**Während im Jahr 2002 nicht einmal für jedes zehnte Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz existierte, wurden 2010 bereits 23 Prozent in einer Kita oder bei einer Tagesmutter versorgt.**

Gleichwohl hätte der Ausbau schneller vonstattengehen sollen: Die Politik wollte dafür sorgen, dass bis 2013 für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot zur Verfügung steht. Das dürfte bei aller Anstrengung der Kommunen kaum noch zu schaffen sein.

Die meisten Menschen, die kleine Kinder haben, wünschen sich neben finanzieller Sicherheit und einer guten Betreuung für den Nachwuchs vor allem eins: mehr Zeit. Auch in diesem Punkt ist die Bundesrepublik ein gutes Stück weitergekommen. So bieten viel mehr Betriebe flexible Arbeitszeitmodelle an als noch vor wenigen Jahren:

**Im Jahr 2003 war Telearbeit erst in knapp 8 Prozent der Unternehmen üblich, 2009 offerierten bereits fast 22 Prozent der Firmen solche Arbeitsplätze.**

Auch Job-Sharing und Sabbaticals, also Auszeiten mit Rückkehrgarantie, werden von den Betrieben mehr als doppelt so oft praktiziert wie noch vor gar nicht langer Zeit.

Diese Entwicklung kommt vor allem den berufstätigen Müttern entgegen. So hat sich die Erwerbstätigenquote der Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren von 58 Prozent im Jahr 2000 auf 66 Prozent im Jahr 2009 verbessert, während sie sich bei den Männern im selben Zeitraum nur um gut zwei Prozent auf 76 Prozent erhöhte.

Dennoch haben weder die vergleichsweise üppigen Zuwendungen

## Die Entwicklung des Kindergelds

Monatsbetrag in Euro

	1. Kind	2. Kind	3. Kind	4. Kind	5. und jedes weitere Kind
ab 1.1.1955	-	-	13	13	13
ab 1.10.1957	-	-	15	15	15
ab 1.3.1959	-	-	20	20	20
ab 1.4.1961	-	13	20	20	20
ab 1.1.1964	-	13	26	31	36
ab 1.9.1970	-	13	31	31	36
ab 1.1.1975	26	36	61	61	61
ab 1.1.1978	26	41	77	77	77
ab 1.1.1979	26	41	102	102	102
ab 1.7.1979	26	51	102	102	102
ab 1.2.1981	26	61	123	123	123
ab 1.1.1982	26	51	112	123	123
ab 1.7.1990	26	66	112	123	123
ab 1.1.1992	36	66	112	123	123
ab 1.1.1996	102	102	153	179	179
ab 1.1.1997	112	112	153	179	179
ab 1.1.1999	128	128	153	179	179
ab 1.1.2000	138	138	153	179	179
ab 1.1.2002	154	154	154	179	179
ab 1.1.2009	164	164	170	195	195
seit 1.1.2010	184	184	190	215	215

Bis 1990: Westdeutschland; bis 1995 wurden die Kindergeldbeträge bei Überschreiten bestimmter Einkommensgrenzen gekürzt.

Bis 1995 gab es zusätzlich zum Kindergeld einen steuerlichen Kinderfreibetrag,

seit 1996 gilt ein Optionsmodell.

Quelle: Bundesfinanzministerium

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 28

für Eltern noch das Plus an Krippenplätzen oder die Verbreitung der flexibleren Arbeitsformen dazu geführt, dass die Frauen in Deutschland mehr Kinder zur Welt bringen als vor zehn Jahren. Die durchschnittliche Geburtenziffer beträgt derzeit knapp 1,4 Kinder pro Frau. Das ist nur wenig mehr als im Negativ-Rekordjahr 1994 – damals lag die Rate gerade einmal bei 1,2 Kindern je Frau.

Schlechte Nachrichten gibt es auch bei der Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland. Sie ist in den vergangenen zehn Jahren sogar gestiegen. So hat sich der Anteil der Kinder, die in einem Haushalt leben, der weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat, von 11 auf 13 Prozent erhöht.

Grundsätzlich reduziert das Kindergeld zwar die Armutsgefährdung von Kindern, doch dies trifft vor allem auf den Nachwuchs zu, der bei zwei Elternteilen aufwächst. Anders sieht es bei Kindern von Alleinerzie-

henden aus. Sie sind deutlich häufiger von Armut bedroht als ihre Altersgenossen: Im Jahr 2009 lebte in jeder fünften Familie mit minderjährigen Kindern nur ein Elternteil, von denen 38 Prozent armutsgefährdet waren. Für Paare mit zwei Kindern traf dies nur auf 8 Prozent zu. Statt aber die finanziellen Leistungen für Alleinerziehende anzuheben, gilt es in erster Linie, die Ganztagsbetreuungsangebote für den Nachwuchs zu verbessern und auszubauen – dann könnten die Mütter und Väter trotz der Vielfachbelastung einfacher einer Arbeit nachgehen.

So unterschiedlich die Erfolge der Familienpolitik auch zu bewerten sind – eines hat sich deutlich verbessert: das Bildungsniveau der Kinder. Im Vergleich zum Jahr 2000 können die Jungen und Mädchen von heute besser lesen und rechnen. Auch in den Naturwissenschaften sind die Schüler in Deutschland innerhalb des OECD-Länder-Rankings nach vorne gerückt.

# Oft zahlt die Firma

**Auslandspraktika.** Einige junge Leute gehen während ihrer Lehre für ein Praktikum ins Ausland. Sie nehmen auch die damit verbundenen Kosten und den organisatorischen Aufwand in Kauf und werden dabei von ihren Firmen kräftig unterstützt. Allerdings fehlt es an Informationen über mögliche Förderprogramme.

Von allen Auszubildenden und Berufsfachschülern in Deutschland absolvieren 3 Prozent während ihrer Ausbildung ein Praktikum im Ausland. Eine aktuelle Studie der Nationalen Agentur Bildung für Europa – sie ist beim Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn angesiedelt – zeigt, dass im Zeitraum von 2007 bis 2009 jährlich etwa 23.500 Azubis ins Ausland gingen.

In der beruflichen Ausbildung sind Berufsfachschüler häufiger international unterwegs als die klassischen „Lehrlinge“. Auch sammeln Azubinnen und Ostdeutsche öfter Auslandserfahrungen als ihre Mitstreiter. Deutlich überrepräsentiert

sind zudem Teilnehmer mit einem höheren Schulabschluss.

Knapp 90 Prozent der internationalen Aufenthalte dauern ein bis vier Wochen. Die meisten Nachwuchskräfte zieht es dabei nach Großbritannien und Frankreich. Andere deutsche Nachbarländer sind dagegen nur bei 17 Prozent der Teilnehmer gefragt. Einige schauen sogar über den europäischen Tellerrand und gehen nach Indien, China oder Südamerika. Da stellt sich schnell die Frage der Finanzierung (Grafik):

**Das nötige Geld für die Aufenthalte im Ausland brachten im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 knapp 9.000 Azubis selbst oder mithilfe ihres Ausbildungsbetriebs auf.**

Meist übernahmen die Unternehmen zwischen 50 und 75 Prozent der Kosten. Dennoch haben manche Firmen nach wie vor Vorbehalte in Sachen Auslandspraktika, etwa aus finanziellen Gründen oder weil die Azubis noch nicht volljährig sind. Oft fehlt es den Betrieben schlicht an Informationen über mögliche staat-

## Wie Auslandsaufenthalte gefördert werden

Das Programm „Leonardo da Vinci“ der Europäischen Union zum Beispiel fördert seit 1995 Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung. Neben den 27 Mitgliedsstaaten nehmen auch die Türkei, Liechtenstein, Norwegen und Island daran teil. Das Programm bietet Lehr- und Lernmaterialien, um den internationalen Austausch zu unterstützen.

Mit dem „Europass“ können Auslandsaufenthalte und die erworbenen Kompetenzen in einheitlicher Form dokumentiert werden. Die meisten Absolventen erhalten jedoch eine Praktikums- oder Teilnahmebescheinigung.



[www.na-bibb.de](http://www.na-bibb.de)

liche Zuschüsse. Dabei gibt es eine Reihe solcher Förderinstrumente. Das größte von ihnen ist das EU-Programm „Leonardo da Vinci“, das zuletzt jedes Jahr immerhin 8.800 Auslandspraktikanten unterstützte (Kasten).

Diese Angebote zu nutzen und den Weg ins Ausland anzutreten, lohnt sich für alle Beteiligten:

- Die Teilnehmer lernen andere Kulturen besser kennen, polieren ihre Fremdsprachenkenntnisse auf und werden quasi nebenbei meist auch toleranter, selbstständiger und flexibler.
- Die Unternehmen stellen in der Regel fest, dass ihre Auszubildenden nach dem Auslandsaufenthalt engagierter und leistungsstärker sind. Für die Betriebe sind Auslandspraktika deshalb ein gut geeignetes Instrument, um Nachwuchstalente gezielt zu fördern.

## Azubis im Ausland: Meist vom Betrieb finanziert

So viele Auszubildende und Berufsfachschüler absolvierten im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 ein Auslandspraktikum. Die Förderprogramme bieten organisatorische und finanzielle Unterstützung, die häufig nur einen Teil der tatsächlichen Kosten abdeckt. Den Rest zahlt das Unternehmen oder der Auszubildende selbst.

Ohne Förderprogramm	8.900
Stipendienprogramm „Leonardo da Vinci“	8.800
Austauschprogramme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	1.900
Kammern, Stiftungen, Sonstige	1.900
Europäischer Sozialfonds (ESF)	1.500
EU-Programme EQUAL/INTERREG	300
Deutsch-Französisches Jugendwerk	200

Befragung von 825 Auszubildenden und Berufsfachschülern im Sommer 2010 sowie 785 Betrieben und 159 Aus- und Weiterbildungseinrichtungen 2009  
Quelle: Nationale Agentur Bildung für Europa

# Finanzpolster zugelegt

**Eigenkapital.** Die deutschen Unternehmen haben die zurückliegende Krise gut gemeistert. Das liegt auch daran, dass die Firmen in den vorangegangenen Jahren ihre Gewinne dazu genutzt haben, sich ein dickes Eigenkapitalpolster zuzulegen.

Wenn eine Firma über viel Eigenkapital verfügt und nicht auf Fremdmittel angewiesen ist, fällt es ihr leichter, eine Krise zu überstehen. Denn mit den Mitteln, die die Eigentümer eines Unternehmens in dieses eingebracht haben, können im Notfall Verluste abgedeckt werden.

Von einem solchen Sicherheitspuffer konnten im schwierigen Jahr 2009 viele Unternehmen profitieren – in den meisten Branchen glänzten die Firmen mit Eigenkapitalquoten von 27 bis 34 Prozent (Grafik).

Finanziell nicht ganz so üppig gepolstert ist das Baugewerbe, wo vor allem die vielen Kleinbetriebe mit wenig Eigenkapital den Schnittdrücken.

Vergleichsweise niedrig ist die Eigenkapitalquote auch im Fahrzeugbau; hier sind vor allem Zulieferer in eine kritische Situation geraten. So manches Unternehmen hat in der Wirtschaftskrise Verluste eingefahren und musste, weil es nicht auf genügend Eigenkapital zurückgreifen konnte, Insolvenz anmelden.

**Im Schnitt verzeichneten deutsche Unternehmen 2009 eine Eigenmittelquote von 25,5 Prozent. Das ist ein neuer Rekordwert – im Jahr 1998 waren es erst 17,5 Prozent.**

Im Mittelstand sieht es – mit Ausnahme der Einzelunternehmen – noch besser aus (Kasten).

Jetzt, im Aufschwung, verfügen die Unternehmen damit auch über die notwendigen Eigenmittel, um auf Expansion umzuschalten. Dies ist oft ein kritischer Punkt, denn Investitionen müssen gestemmt, Kundenaufträge vorfinanziert und Vorprodukte eingekauft werden.

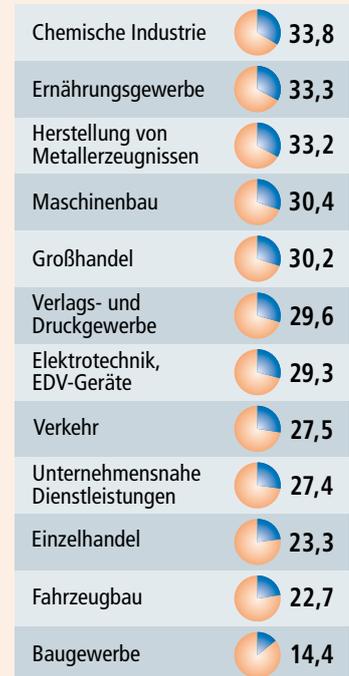
Ohne die 2007 eingeführten Basel-II-Regeln für Banken hätte das Gros der Firmen allerdings weniger Vorsorge getroffen. Die Kreditinstitute müssen seitdem in Form eines sogenannten Ratings die Bonität eines Unternehmens prüfen, bevor sie ihm einen günstigen Kredit einräumen.

**Entscheidend für eine gute Note ist die finanzielle Stabilität einer Firma. Je mehr Eigenkapital, desto besser das Rating.**

Die jüngste Befragung zur Finanzierungssituation der Unternehmen von der KfW Bankengruppe und Wirtschaftsverbänden zeigt, dass sich die Eigenkapitalsituation in den vergangenen zwölf Monaten weiter verbessert hat. So haben 41 Prozent

## Eigenkapital: Großer Sicherheitspuffer

Eigenmittel in Prozent der Bilanzsumme im Jahr 2009



Vorläufige Zahlen;  
ausgewählte Branchen  
Quelle: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 28

der Betriebe ihr Eigenkapital gesteigert, weniger als ein Fünftel verfügt heute über geringere Eigenmittel als früher. Von den Großbetrieben melden sogar 56 Prozent eine bessere Eigenkapitalquote.

## Die Eigenkapitalquote des Mittelstands

Das KfW-Mittelstandspanel ermittelt die Eigenkapitalquote der kleinen und mittleren Unternehmen, also von Firmen mit bis zu 500 Millionen Euro Umsatz im Jahr. Über alle mittelständischen Unternehmen hinweg stieg die Eigenkapitalquote demnach von 22,5 Prozent im Jahr 2005 auf 26,4 Prozent im Jahr 2009. Während Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten ihre Eigenmittel um 4 Prozentpunkte auf ein Fünftel der Bilanzsumme steigern konnten, erhöhte sich die Quote bei den Unternehmen mit 10 bis 50 Beschäftigten sogar auf 24 Prozent.

Vor allem bei den Kleinbetrieben ist aber zu berücksichtigen, dass die KfW-Berechnungen keine Bilanzen von Einzelkaufleuten enthalten. Bei diesen ist die Eigenkapitalquote nach Bundesbankangaben mit knapp 18 Prozent niedriger – doch haften die Einzelunternehmer zusätzlich mit ihrem Privatvermögen. Große Mittelständler mit 50 und mehr Mitarbeitern legten zwar weniger deutlich zu als die kleineren – mit circa 30 Prozent Eigenkapital hatte diese Gruppe 2009 aber ohnehin eine komfortable Kapitalbasis.

# Lücke ist kleiner als gedacht

**Dienstleistungen.** Im internationalen Vergleich zeigen viele Indikatoren für Deutschland eine Dienstleistungslücke an. Die Daten verdecken aber zum Beispiel, dass die Exporterfolge der deutschen Industrie auf einer engen Zusammenarbeit mit dem Sektors beruhen.

Obwohl Deutschland die Wirtschafts- und Finanzkrise bewältigt hat, geht die Diskussion um mögliche Ursachen weiter. Angeblich, so einige Ökonomen, sei die deutsche Wirtschaft von den globalen Turbulenzen auch deshalb so stark in Mitleidenschaft gezogen worden, weil sie vor allem auf die Produktion und den Export von Industriewaren setze. Im Gegenzug bestünde hierzulande eine Dienstleistungslücke.

Die Fakten stützen diese These aber kaum; zudem ist bei ihrer Interpretation Vorsicht geboten.

Zwar ist in Deutschland der Beitrag des Sektors zur Wirtschaft

## Dienstleistungen: Ein dominanter Wirtschaftsfaktor

Anteil des Dienstleistungssektors im Jahr 2008 in Prozent

	Bruttowertschöpfung	Export	Privater Konsum	Erwerbstätige
USA	77,9	29,7	65,6	78,4
Frankreich	77,7	20,7	50,9	76,7
Vereinigtes Königreich	72,7	40,4	51,7	80,7
Italien	71,0	18,3	51,0	67,9
Schweden	70,7	28,6	51,9	74,9
Japan	70,1	12,6	56,8	68,4
Deutschland	69,3	14,6	49,2	72,5

Ursprungsdaten: OECD

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · Iwd 28

schaftsleistung geringer als in anderen Ländern, die Lücke aber fällt eher klein aus (Grafik):

**Mit einem Dienstleistungsanteil an der Bruttowertschöpfung von etwas mehr als 69 Prozent liegt Deutschland nur knapp hinter Japan und Schweden. Lediglich die USA und Frankreich weisen mit 78 Prozent einen deutlich höheren Anteil auf.**

Beim Export ist die Kluft auf den ersten Blick wesentlich größer. Während der Dienstleistungssektor in der Bundesrepublik nur 15 Prozent zu den Verkäufen ins Ausland beisteuert, sind es in Großbritannien mehr als 40 Prozent. Tatsächlich aber sind die Exporterfolge der deutschen Industrieunternehmen oft auf die Kombination hochwertiger Waren mit begleitenden Serviceleistungen (Finanzierung, Kundendienst etc.)

zurückzuführen – doch das spiegelt sich in der Statistik nicht wider.

Auch der Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor – hier steht Deutschland international im Mittelfeld – ist nur bedingt aussagekräftig. Denn entscheidend für die Serviceintensität ist letztlich nicht, in welcher Branche die Menschen beschäftigt sind, sondern was sie tun. So sind viele Mitarbeiter von Industriefirmen mit Dienstleistungen beschäftigt – etwa in der Werbung, im Rechnungswesen oder in der EDV.

Zudem hat die Finanzkrise gezeigt, dass besonders dienstleistungsorientierte Länder nicht unbedingt ein Vorbild sind. So brach die britische Wirtschaft 2009 stärker ein als die deutsche und erholte sich 2010 nur sehr langsam – nicht zuletzt aufgrund des großen Bankensektors.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellvertreterin:** Brigitte Lausch  
**Redaktion:** Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf  
**Redaktion Berlin:** Klaus Schäfer  
**Redaktionsassistentin:** Angelika Goldenberg  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Aboservice:** 0221 4981-443,  
hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Bercker Graphischer Betrieb  
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich  
(außer Januar und Dezember)  
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische  
Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
www.pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.